

# Die Baugewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: 1-Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Cöthow, 2513.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 6.

Berlin, den 11. Februar 1912.

13. Jahrgang.

## Nun woblan! Jetzt zeige, was du kannst!

Im deutschen Volk ist soeben ein Ringen beendet worden, wie es seit dem mehr als vierzigjährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch selten beobachtet werden konnte. Am 12. Januar sind über 12 Millionen Wähler zum Wahltag geschritten, um ihr Votum abzugeben über die künftige Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Dem Wahltag ging ein mehrwöchiger Kampf voraus, in dem an gegenseitiger Zerfleischung das Menschenmögliche geleistet wurde. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien spielt sich der Wahlkampf stets in großer Schärfe ab. Das ist zu verstehen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Bejeitigung der Grundlagen des gegenwärtigen Staates; sie will ein ganz neues Staats- und Gesellschaftsgebäude aufrichten. Alle übrigen Parteien dagegen wollen nur eine Umgestaltung von bestimmten Zuständen und Verhältnissen innerhalb des bestehenden Staatsgebildes herbeiführen. Nun hat sich bezeichnenderweise unter den bürgerlichen Parteien selbst der letzte Wahlkampf vielfach mit einer Erbitterung abgepielt, die größer war als die in dem Kampfe zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits in die Erscheinung getretene. Das ist für diejenigen, die die Welt nicht ausschließlich durch eine einseitige Parteilinie ansehen, kein erhebendes Schauspiel. Insbesondere nicht zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk alle Veranlassung hätte, gegenüber seinen schier unzähligen Neidern im Ausland auf die größtmögliche innere Geschlossenheit bedacht zu sein. Deutschland ist heute ein Land, das Rohstoffe vom Ausland (Erze, Kupfer, Baumwolle usw.) in großer Menge beziehen und ein gewaltiges Quantum Fertigfabrikate wieder an das Ausland verkaufen muß. Nur durch gesteigerte Inlandsproduktion und erhöhten Außenhandel kann Deutschland seine jährlich um 900 000 Köpfe zunehmende Bevölkerung auf heimatlichem Boden ernähren und ihr die Existenzmittel verschaffen. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung ist durch die Reg- und Strebsamkeit seiner Bevölkerung in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten in schnellerem Tempo vorwärts geschritten, als die fast aller übrigen höher entwickelten Kulturländer. Das hatte zur Folge, daß die letzteren Staaten Deutschland bei dem Bezug seiner Rohprodukte vom Ausland und bei dem Verkauf seiner Waren an das Ausland in stets steigendem Maße Schwierigkeiten zu machen suchten. Auf diesem Hintergrund betrachtet, war die politische Spannung des letzten Sommers wegen Marokko zu erklären, die nahe daran war, sich in einem Weltkriege auszulösen. Und auch in der Gegenwart spielen sich wieder in Persien, in den Balkanländern und im gewaltigen chinesischen Reich Vorgänge von ungeheurer weltwirtschaftlicher Tragweite ab, die für den Gang der künftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands von der allergrößten Bedeutung sind. Und in dieser selben Situation zerfleischt sich das deutsche Volk anlässlich eines Wahlkampfes in einer Weise wie noch nie, seitdem es ein neues deutsches Reich gibt, und schiedt in das Reichsparlament 110 Sozialdemokraten, die die Reichsregierung an der Wahrnehmung der weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu hindern suchen. Gegen Weltpolitik, gegen Militarismus, gegen Marinismus, war der Schlagtruf, mit

dem die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, in demselben Moment, wo Amerika, England, Rußland und Japan, in deren Staaten die Sozialdemokratie nichts zu melden hat, sich anschicken, in dem in politischer Umgestaltung begriffenen gewaltigen China Reich die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Völker für die Zukunft sicherzustellen. Das „Volk der Dichter und Denker“ aber ergötzt sich in diesem weltgeschichtlichen Augenblick an politischen Schlagworten, mit denen in Wirklichkeit nur der wahre Hintergrund des Wahlkampfes verschleiert wurde, was sich in absehbarer Zeit mit Sicherheit herausstellen wird. Die Entschleierung dieses Hintergrundes werden auch wir uns angelegen sein lassen, wenn erst der Reichstag und seine neue Zusammenfassung ihre Orientierung in der Politik gefunden haben werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wie vielmehr mit Sicherheit vorauszu sehen war, ist bei dem gegenseitigen Heruntermachen der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der alleinige Lachende Dritte gewesen. Sie führt die Ernte in ihre Scheune. Ganz und innerlich zufrieden ist allerdings auch die Sozialdemokratie nicht. Zufrieden ist sie ohne Zweifel mit den auf sie entfallenen 4 1/4 Millionen Stimmen; ob aber ihre Führer eine wahre Freude empfinden über die der Sozialdemokratie zugefallenen 110 Mandate, möchten wir stark bezweifeln. Jetzt ist es mit bloßen kräftigen Worten in Versammlungen nicht mehr getan. Die Stärke der Sozialdemokratie wird jetzt zugleich zu ihrer Schwäche werden. Sie hat bei den Massen, um deren Stimmen sie bei dem Wahlkampfe warb, die trügerischsten Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Die Massen der Unzufriedenen, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, wollen nunmehr ohne Zweifel auch entsprechende sozialdemokratische Leistungen im Reichstage sehen. Hat doch früher die Sozialdemokratie den stärkeren bürgerlichen Parteien unausgesetzt zum Vorwurf gemacht, daß sie vor den Wahlen dem Volke alles versprochen und nachher nichts hielten, daß diese Parteien alle Forderungen der Arbeiter an die Reichsregierung verwirklichen könnten, wenn sie nur ernsthaft wollten. Nun woblan, deutsche Sozialdemokratie: Jetzt zeige, was du kannst! Mit Ausreden und Ablenkungsmanövern, die die französische Sozialdemokratie seit Jahren praktizierte, kommt die deutsche nicht durch. Dafür sorgt die christliche Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie soll nur jetzt das zu verwirklichen suchen, was sie den Massen im Wahlkampfe vorgelogen hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 11) sagt bereits in Ahnung der Dinge, die da kommen werden, daß man sich innerhalb des sozialdemokratischen Lagers nicht verwirren lassen solle in der klaren Erkenntnis, „daß die kapitalistische Welt nicht mit dem Stimmzettel zu erobern ist, daß eine „Weltwende“ nicht durch den parlamentarischen Kampf herbeigeführt wird.“ Weiter befürchtet das gleiche Blatt, daß wir „einer Zeit gewaltiger Konflikte, innerer wie äußerer, entgegengehen.“ „Der Proletarier“ (Nr. 4), das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, geht noch bedeutend weiter, indem er unter der Überschrift „Eine neue Epoche?“ u. a. schreibt:

„Was darf die Massenbewusste Arbeiterschaft Deutschlands von der gewaltig gestärkten sozialdemokratischen Fraktion erwarten? Die „Metallarbeiterzeitung“ verspricht sich von dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie eine neue Epoche der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reichs.“ Das kann und soll nicht so verstanden werden, als ob nunmehr mit einem Ruck an die Verwirklichung der großen Ziele des Sozialismus, an die allgemeine Bergesellschaftung der Pro-

duktionsmittel herantreten werden solle. Die „Metallarbeiterzeitung“ betonte selbst, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer gewaltigen Zunahme an Wählerstimmen wie an Mandaten, zur Durchsetzung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse leider noch immer zu schwach ist. Und wäre sie selbst im Volk und im Parlament stark genug, durch Mehrheitsbeschluß grundlegende Änderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftskörpers durchzuführen, so würde, von anderen Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der Parteien Köpfe des wissenschaftlichen Sozialismus war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Veranstaltung sozialistischer Experimente, ein utopisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehrs- und weltwirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Eiland behandeln, in dem unbekümmert um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan beliebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Kulturländern der Welt sein, wenn schwere Rückschläge vermieden werden sollen. Die Triebfedern der ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen sind ja auch in allen modern-kapitalistischen Staaten dieselben... Die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze hürden also in unserer internationalen Zeitperiode immer mehr für ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt. Die erste und Hauptaufgabe, die den zu Nacht faktoren herangewachsenen sozialistischen Parteien der Großstaaten zufällt, besteht darin, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen. Die deutsche Arbeiterschaft muß nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgeboren hat, Wert darauf legen, daß später, wenn sie die auf den neuen Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen sollten, sofort jedermann die Tatsache in die Augen springt: Nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld!“

Jetzt wissen die „Genossen“, woran sie sind. Mit diesen Darlegungen wird der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt. Daß dies direkt nach einem großen sozialistischen Wahlerfolge ausgesprochen wird, nachdem man vorher einige Wochen lang im Wahlkampfe in den Köpfen der Massen noch die utopischen Hoffnungen erweckt hat, ist das Bezeichnende an der Sache. Daß die „ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen... in allen modernen kapitalistischen Staaten dieselben“ sind, und daß die dem „Kapitalismus innewohnenden Gesetze... immer mehr ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt“ bewirken, steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch. Im Gegenteil: die Vorbedingungen für den Sozialismus sind in den einzelnen Staaten die denkbar verschiedensten, was schon in der völlig ungleichmäßigen Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie deutlich in die Erscheinung tritt. In der „Neuen Zeit“ sagt Kautsky, daß bei der verflochtenen Reichstagswahl 35 Prozent aller über 25 Jahre alten Männer sozialistisch gestimmt hätten, wohingegen von den 3 1/2 Millionen junger Leute von 18 bis 25 Jahren anzunehmen sei, daß sie zur Hälfte auf sozialistischer Seite stehen. Wie sieht es dagegen in den anderen Ländern aus? In dem kulturell und wirtschaftlich hochentwickelten England

und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet die Sozialdemokratie fast nichts, in Rußland und dem aufstrebenden Japan fast noch weniger wie nichts. Den sozialistischen Gedanken in den verschiedensten Staaten zu gleicher Zeit auf eine gleich hohe Stufe zu entwickeln, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und bis schließlich in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Japan der Sozialismus die Stufe erreicht, auf der er bereits in Deutschland angelangt ist, hat in Deutschland ohne Zweifel die Sozialdemokratie längst wieder abgewirtschaftet. Die mit der sozialistischen Ideewelt aufgepeitschten Massen lassen sich in einem Lande nicht jahrzehntelang von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele abhalten mit dem bloßen Vorwand, daß in anderen Ländern die Vorbedingungen für den Sozialismus noch nicht gegeben seien. Der Arische Sozialismus, auf den die deutsche Sozialdemokratie schwört, aber läßt sich, wie „Der Proletarier“ ganz mit Recht sagt, ebenso wenig „inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas“ für „ein bestimmtes territoriales Gebiet“ durchführen.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet das Ergebnis des Wahlkampfes ohne Zweifel ganz gewaltige innere Kämpfe. Sie muß jetzt in absehbarer Zeit, nachdem sie 50 Jahre lang mit Schlagworten und Utopistereien den Massen die Köpfe verkleistert hat, diesen zeigen, was sie kann; sie muß jetzt herstellen das Gleichgewicht zwischen den Erwartungen der mit der kräftigsten Sprache aufgepeitschten Masse, der jedwedes Urteil über politische Möglichkeiten abgeht, und den sozialistischen parlamentarischen Taten. In vielen Situationen wird der Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was sie früher an bürgerlichen Parteien betriebe. Vor die Wahl gestellt zwischen einer sprunghaften oder einer stetigen, langsamen Entwicklung der Sozialdemokratie, ist für deren Gegner, insbesondere auch für die christliche Arbeiterbewegung, die sprunghafte Entwicklung der wünschenswertere Zustand.

Die christliche Arbeiterbewegung kann also mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. Sie war weiter bei dem Wahlkampf der alleinige Faktor, der der sozialdemokratischen Phrase handzuhalten vermochte. Der industrielle Westen, das Hauptverbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, hat in der Hauptwahl nur einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt: die alte sozialistische Hochburg Solingen. Aus allen anderen Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie in der Stichwahl verdrängt werden können, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht so schrecklich uneins gewesen wären. In den Bezirken mit besonders stark entwickelter christlich-nationaler Arbeiterbewegung wurden der Sozialdemokratie zwei ihrer bedeutendsten Mandate: Duisburg und Bochum abgenommen. Der industriellste Bezirk Europas von Duisburg bis Hamm schied drei christliche Gewerkschaftler: Giesberts, Hedmann und Schiller, und lediglich einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Die drei Kollegen wurden gewählt mit je 40 000,

58 000 und 79 000 Stimmen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt daher mit Recht:

„Der wichtigste Teil der Schwerindustrie, drei Wahlkreise mit etwa 400 000 Wählern, hat sich entschieden gegen die sogenannte Arbeiterpartei ausgesprochen. Um das beurteilen zu können, muß man den Jubel gehört haben, mit dem das Resultat, daß Hue in Bochum gefallen sei, ... aufgenommen wurde. Das war ... überzeugte Gegnerschaft gegen den Sozialismus. Der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat gesiegt dort, wo Arbeitermassen so dicht wie nirgendwo in Deutschland zusammen leben, er hat gesiegt über die öde Verblödung und Verhöhnung der „freien“ Gewerkschaften. ... Man vergleiche damit das Ergebnis in Köln und auch in Düsseldorf. Da sind es doch wahrhaftig nicht Arbeiter, die den Sieg der Sozialdemokraten herbeigeführt haben. Bürgerliche und Beamtenkreise haben das in politischer Verblendung getan. Das „bürgerliche“ Köln wählt den Kandidaten der „Arbeiter“-Partei, die Arbeiterbezirke in derselben Provinz wählen die „bürgerlichen“ Abgeordneten.“

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt in ein Stadium angelangt, in welchem die führenden Volkskreise in den verschiedensten Lagern an einer Stellungnahme zu ihr nicht mehr vorbeikommen. Dieser Tatsache hat auch bereits der Herr Reichstanzler Ausdruck gegeben, als er das Telegramm einer Siegesversammlung vom Wahlkreise Bochum am 26. Januar wie folgt beantwortete:

Rektor Tegebe, Herne.

Verbindlichen Dank für die Uebermittlung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterschaft und der hingebenden Mitwirkung ihrer Führer.

Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg.

In den bürgerlichen Parteilagern wird sich alsbald die notwendige Ernüchterung einstellen, sie wird sich einstellen müssen. Und dann ist die Zeit gekommen, daß für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie mit einer wichtigen Aufklärungs- und Propagandaarbeit eingesezt wird. Noch nie ist die Notwendigkeit einer starken christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für Arbeiter, Volk und Vaterland so deutlich ausgesprochen worden, als durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Rufen wir daher die Zeit!

Eröffnet sonach die durch den Wahlkampf neugeschaffene Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine ungünstigen Perspektiven, so bleibt aber trotzdem bestehen, daß die gegenwärtige Situation für die innerpolitische Entwicklung unseres Vaterlandes, sowie für dessen Stellung im Rate der Völker, eine überaus ernste ist. Wenn einmal 35 Prozent der über 25 Jahre alten Männer, bewußt oder unbewußt, sich gegen die Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse aussprechen, wenn ferner weite bürgerliche Kreise an politischem Hyperradikalismus selbst die ruhigeren Elemente innerhalb des sozialdemokratischen Lagers übertreffen, so ist das eine tiefere Erscheinung, der mit der erforderlichen Gründlichkeit und Tiefe nachgegangen werden muß. Ueber diese Zusammen-

hänge wird man an den zuständigen Stellen eine ernste Gewissensforschung anstellen müssen.

Bei der vorletzten Wahl sind für die christliche Gewerkschaftsbewegung in den verschiedensten Bezirken größere Schwierigkeiten hervorgetreten. Diesmal sind solche — von einem einzigen Bezirk abgesehen — nicht bekannt geworden. Die grundsätzlichen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Bewegung während der letzten Jahre, gelegentlich des Reichsvereinsgesetzes, der Reichsjahresreform und der Reichsversicherungsordnung sowie der Umstand, daß in Bezirken mit konfliktierten politischen Verhältnissen die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften sich eine große Reserve auferlegt haben, sind unserer Bewegung bei dem diesmaligen Wahlkampf sehr zuzustatten gekommen. Schwierigkeiten haben sich lediglich gezeigt an der Saar. Darüber wird demnächst an anderer Stelle geredet werden müssen.

Welche Taten von dem neugewählten Reichstag nach der sozialpolitischen Seite zu erwarten sind, läßt sich von vornherein nicht sagen: die Zusammenfassung des Reichstages ist eine zu unsichere. Hoffentlich erschöpft sich die Tätigkeit des neugewählten Reichstages nicht in sozialpolitischen Neben und Anträgen, wie dies an dem 1903 gewählten Reichstag, in dem bekanntlich auch schon 81 Sozialdemokraten saßen, zu beobachten war; mit Reden und Anträgen kann sich die deutsche Arbeiterschaft kein Brot kaufen. Was ihr nützt, sind lediglich greifbare parlamentarische Erfolge. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat auch im neugewählten Reichstag wieder eine Anzahl warmer Freunde. Neben unsern Kollegen seien genannt die Herren Prof. Dr. Hise, Dr. Pieper; weiter wurde neugewählt Graf Posadowski, der sich schon in seiner früheren Stellung als Staatssekretär mehrfach war für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat. Ebenfalls neugewählt wurde Herr Liz. Mummert, er ist in unseren Kreisen zu bekannt, als daß wir noch Besonderes über ihn zu sagen brauchen. Außer Herr Justizrat Carl Trimborn, der leider in Köln unterlegen ist, wird in wenigen Monaten wieder dem Reichstage angehören. — Für die christlichen Gewerkschaften hat die Reichstagswahl keine großen Ueberraschungen gebracht. Daß die Sozialdemokratie 4 Millionen Stimmen erhalten würde, wurde bei dem Kampfe unter den bürgerlichen Parteien während der letzten Jahre allgemein vorausgesagt und angenommen; daß sie mehr Mandate erhalten hat, als man annahm und als den sozialdemokratischen Führern selbst erwünscht ist, ist fürwahr für die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Nachteil, im Gegenteil: der Kampf gegen die sozialdemokratische Phrase, den die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren mit Nachdruck aufgenommen, läßt sich in dieser neuen Situation wirkungsvoller als früher führen: die jetzige Stärke der Sozialdemokratie ist zugleich ihre Schwäche.

Die verlorene Nacht über der Gefühle Nacht.  
 Laß dein Jora dich nicht beweisen, sei auf Rührung bedacht.  
 In das edle Maß des Willens einmal selbst nicht mehr dein  
 Laß du auch die Nacht verloren, andere zu überzeugen.  
 Marie Stieg.

**Die Bauart der chinesischen Städte.**

Sie bei uns im Mittelalter die Städte von Mauer umgeben waren, so sind auch jetzt noch die Städte Chinas von Mauer umgeben. In der Stadt Peking sind sogar die einzelnen Stadtteile wieder durch Mauern voneinander getrennt. Je nach der Höhe der Stadt und je nach den Beschaffenheiten der sich in den Städten niedergelassen haben, sind die Mauer auch höher oder niedriger, nach ihrer Erhaltung mehr oder weniger Aufmerksamkeit gewendet. Die Ringmauer der Stadt Peking wird mit Geschloß für Geschloß versehen; um die Verteidigungsmöglichkeit zu verbessern, sind in die Mauer auch Bastionen und Türme eingebaut. Der französische Konsulat Straßburg erwähnt in einem Bericht über China, daß die Mauer der höchsten Stadt in Peking 15 Meter hoch und oben 15 Meter breit ist. Das Innere der Mauer ist nicht ganz aus festgestimmter Erde, aber nach außen besteht die Mauer aus Ziegelwerk, das wiederum auf einem Steinfundament ruht. Der Verteidigung sind vorstehende Bastionen und Türme aus Ziegeln angelegt. In den Ecken und an den Toren erhebt die Mauer eine Höhe von 20 Fuß; das ist die Höhe der Mauer, die einem gewöhnlichen Bastion gegeben werden darf. Eine Höhe darüber hinaus würde nach dem Charakter der Mauer den Gang der Geschloß Türme und Bastionen angelegt. Die Mauer durch Tore durchdrungen, die gut beschützt sind. In den größeren Städten durch mehrere Tore sind gewöhnlich Bastionen eingebaut. Die Mauer ist durch die Bastionen in Abschnitte geteilt, die durch die Tore verbunden sind. Die Mauer ist durch die Bastionen in Abschnitte geteilt, die durch die Tore verbunden sind.

bewacht werden, bewegt sich der Verkehr, der in die Stadt geht und aus der Stadt kommt. Das Tor nach Süden zu gibt in allen Städten als das vornehmste, als das Ehrentor. Wenn der Kaiser, ein Prinz oder ein hoher Beamter in eine Stadt kommt, benutzt er stets das südliche Tor, ebenso verfährt jeder hohe Würdenträger die Stadt durch dieses Tor. Auch darf durch das südliche Tor kein Unrat, keine Leiche, kein Becht, her hinein- oder hinausgebracht werden.

Von den Straßen sind manche nur nummeriert, andere führen allerlei phantastische und poetische Namen, wie „Straße der tausend Herrlichkeiten“, „Straße der erfrischenden Winde“, „Straße des neuschönen Glanzes“, „Straße der tausend Glückfälle“, „Straße der ewigen Liebe“ usw. In den größeren Städten sind die Wohnviertel und Geschäftsviertel getrennt. In den Straßen, in denen sich die Geschäfte niedergelassen haben, ist auch zugleich der regle Verkehr zu beobachten. Jedes rechtlich ein Leben, und zwar haben sich die Geschäftsläden eines bestimmten Trades nebeneinander niedergelassen. Die Läden sind nicht nach der Straße hinaus offen, sondern sind sie durch Glascheiben nach der Straße zu abgeschlossen. Die bei uns haben auch die Kaufleute und Handwerker in China am Eingang zum Verkaufsort oft gewisse Zeichen- und Handwerkszeichen angebracht. Auch Firmenzeichen haben die Kaufleute oft vor dem Eingang befestigt. Die Handwerker sind stolz auf die Zugehörigkeit zu einer Handwerker-Zunft und bringen Schilder an, auf denen darauf anerkennbar gemacht wird, daß der Geschäftsinhaber Mitglied einer bestimmten Zunft ist.

Im Gegensatz zu den Geschäfts- und Verkehrsstraßen geht es in den Wohnstraßen der chinesischen Städte meistens sehr ruhig zu. Die Wohnstraßen sind fast alle ganz enge Gassen in die man einmal ein Sonnenlicht fällt, und in denen die Luft sehr muffig und ungesund ist. Manche diese Wohnstraßen sind an sich einen hohen Grad, so wird dieser unangenehme Eindruck noch verstärkt, weil die Wohnhäuser der Gasse ausnahmslos auf drei Seiten gehen. So sieht man in den Wohnstraßen nur zwei Seitenwände, die nur durch eine enge und niedrige Seitenmauer abgeschlossen werden. Die Häuser sind von dem Hofraum gehen auf den Hof hinaus,

der im Innern eines jeden Hauses angelegt ist. In jeder Hofe steht mindestens ein Baum, der mit seinem Geäst das Haus und den Hof beschattet. Deshalb macht auf eine chinesische Stadt, von einer Anhäufung aus übersehbar gar keinen so üblen Eindruck. So berichtet Leroy-Beaulieu, den wir schon einmal erwähnt haben, von den Mauer-Peking aus gesehen, mache die Stadt einen sehr guten Eindruck. Der Schmutz, der Staub und die kaum erträglichen Ausdünstungen der Stadt bringen nicht zu den Höfen der Mauern empor, unter den vielen Bäumen die aus den Höfen hervorstehen, verschwinden beinahe die üblen Qualitäten, die engen Gassen sind kaum zu erkennen, und so erscheint Peking, von oben gesehen, ein großer Park, aus dem nur die gelben Dächer der kaiserlichen Paläste emporragen. Dessen und Kamine sind in den Häusern der Chinesen noch nicht anzutreffen, soweit es überhaupt nötig ist, sich gegen die Kälte zu schützen, werden dazu Gefäße benutzt, die mit glühenden Holzstößen gefüllt sind. Ein besonderes Geheiß schreibt er, daß an jedem Hause eine Tafel angebracht sein muß, auf der die Anzahl, das Alter und die Berufe der Bewohner angegeben sein müssen. Jeder Zuwachs und jeder Todfall muß an diesen Tafeln registriert werden, so daß diese Tafeln an den Häusern gewissermaßen als statistisches Material verwendet werden können.

Die Straßen sind auch in den größten Städten meist in einer sehr schlechten Verfassung. Bei Regenwetter versinken die Passanten knietief in den Schmutz, in den heißen Jahreszeit sind die Straßen von einer mehr oder weniger hohen Staubschicht überdeckt, die das Fortkommen erschwert. Ebenso sind oft tiefe Löcher in den Straßen, die das Fahren in einer chinesischen Stadt zu ein Tortur machen. Da die Seiten der Straßen oft niedrig sind als der mittlere Teil, so sammeln sich oft auf beiden Straßenseiten bei Regenwetter Wasserlumpen und saulen Pfützen an. Der Gestank auf den Straßen wird noch verstärkt, weil die Chinesen, wie die Türken, alten Unrat, Urat, Kacke, Tierkadaver usw. auf die Straße befördern. In manchen Straßen sind zwar an den Seiten Rinnen angelegt, die das Schmutz- und Regenwasser sammeln und weiter befördern könnten, aber diese Rinnen sind immer verstopft, werden niemals gereinigt und sind deshalb nur geeignet, das Uebel zu vergrößern. B.

### Allgemeines.

**Berufswahl.** An die Berufswahl muß zeitig gedacht werden: diese Mahnung möchten wir an alle richten, die sich in diesen Tagen und Wochen mit dieser so wichtigen Frage zu befassen haben, die Eltern, Vormünder und Erzieher. Denn gar vieles gibt es zu berücksichtigen, was für eine gute Berufswahl, d. h. die Wahl des richtigen Lebensberufes, für den Jungen oder das Mädchen in Betracht zu ziehen ist. Zunächst die Ausichten, die der zu wählende Beruf bietet. Nach Möglichkeit vermeide man die Wahl eines ungelerten Berufes, d. h. eines Berufes, der keine ordentliche Lehrzeit erfordert. Geringe Entlohnung und häufige Arbeitslosigkeit sind die natürlichen Folgen. Viel zu wenig wird noch immer bedacht, ob der Schulentlassene auch die körperlichen und geistigen Eigenschaften besitzt, die ihn zur Ausfüllung seines Berufes geeignet erscheinen lassen. Mangelnde körperliche Beschaffenheit führt leicht zu Krankheiten, ungünstigenfalls zur frühen Invalidität und macht einen lästigen Berufswechsel notwendig. Diese paar Andeutungen lehren schon, eine wie ernste Sache die Berufswahl ist. Ist diese getroffen, so bemühe man sich um einen guten Arbeitgeber, von dem man sich erwarten läßt, daß der Junge auch was Nützliches lernt und später zu leisten vermag. In größeren Städten gibt es Lehrstellenvermittlungen, die hier mit Rat und Tat an die Hand gehen. Vor allem aber: zeitig an die Berufswahl gedacht, dann wird mancher Fehler vermieden, und vor mancher bitteren Enttäuschung bleibt man bewahrt!

**Die Weltausstellung für Bau- und Wohnwesen im Jahre 1913.** Bekanntlich findet im 1913 in Leipzig eine internationale Bauausstellung statt. Die Erkenntnis der Bedeutung einer solchen Ausstellung bringt von Tag zu Tag in weitere Kreise. Die Stadt Leipzig hat nicht nur ein Gelände kostenlos zur Verfügung gestellt, das größer ist als das der Brühler Weltausstellung, sie hat auch die ansehnliche Summe von 300 000 M für den Garantiefonds bewilligt. Auch ist beabsichtigt, einen Pavillon der Stadt Leipzig zu errichten. In Verbindung mit der Ausstellung soll eine auf dauernden Bestand berechnete Kleinhausfiedelung „Leipzig-Marienbrunn“ errichtet werden. Sie ist als Gartenstadt geplant und wird in einer Entfernung von 400 Meter vom Hauptausstellungsgebäude liegen. Die Verbindung mit dem Ausstellungsgelände soll durch eine Schwebbahn hergestellt werden. Es werden zunächst ungefähr 85 Häuser gebaut.

Neben dem städtischen wird das staatliche Bauwesen in einem geschlossenen Gesamtbilde und in übersichtlicher Anordnung durchgeführt werden. Besonders Interesse verdient ein großes Modell des neuen Leipziger Hauptbahnhofes nebst dem städtischen Vorplatz, das im Verein mit den ausgestellten Plänen, Skizzen, Berechnungen dem Fachmann ein wertvolles Studienmaterial bietet, aber auch dem Laien einen lehrreichen Einblick in die Entwürfe dieses größten Bahnhofes der Alten Welt ermöglicht.

Die gesamte Bauindustrie nimmt an der Ausstellung ein alle Erwartungen übertreffendes Interesse. Sie erkennt an, daß ihr die oft geforderte Möglichkeit gegeben ist, in einem großen wirkungsvollen Rahmen zu zeigen, daß sie in ihrer Entwicklung mit den anderen Industrien gleichen Schritt gehalten hat. Nichts beweist deutlicher das Verständnis, das sie der Ausstellung entgegenbringt, als die Tatsache, daß bereits zahlreiche feste Anmeldungen erfolgt sind. Besonders stark ist die Nachfrage nach

schon wird das Wasser, das sich in den Straßentritten angesammelt hat, zum Sprengen der Straßen benutzt. Um bei Bränden, die in chinesischen Städten sehr oft ausbrechen, sofort löschen zu können, ist es vorgeschrieben, daß an bestimmten Stellen Brunnen angelegt werden, deren Wasser nur bei Bränden benutzt werden darf, auch sind oft große Fässer aufgestellt, die den Feuerwehrlenten zunächst Wasser liefern. Wie in den deutschen Städten des Mittelalters die verschiedenen Hänste bei der Löschung von Bränden helfen mußten, so haben auch noch die chinesischen Handwerker und Gewerbetreibenden als Mitglieder ihrer Kunst bei Bränden Dienste als Feuerwehrlente zu tun.

Denkmäler nach unserer Art, Statuen aus Marmor oder Erz, sind in den Straßen und auf den Plätzen der chinesischen Städte nirgends zu sehen. Die Chinesen ehren ihre hervorragenden Männer nicht durch Denkmäler, sondern durch Errichtung von Ehrenbögen. Derartige Ehrenbögen für Gelehrte, für Staatsmänner und andere Personen, die sich durch irgendeine Tat oder durch ihr gesamtes Leben die Aufmerksamkeit einer Stadt, eines Bezirks, einer Provinz oder des ganzen Landes auf sich gezogen haben, sind in allen größeren Städten anzutreffen. Diese aus den verschiedensten Baumaterialien errichteten Ehrenbögen bestehen gewöhnlich aus einem größeren Torweg in der Mitte und aus je einem kleineren Torweg an den breiten Seiten. An diesen Ehrenbögen sind auch Inschriften angebracht, die anzeigen, zu wessen Ehren das Bauwerk errichtet worden ist, und welche Taten die durch den Ehrenbogen gezeigte Persönlichkeit verrichtet hat. Manchmal ist auch Schnitzwerk angebracht oder auf besonders angelegten Steinplatten sind Gesellen eingehauen.

Im ganzen sind die chinesischen Städte, auch die größten, noch sehr zurückgeblieben; sie gleichen eher einem bunten Durcheinander von unzähligen Klostern und Dörfern als Städten nach unseren Begriffen. Von hygienischen Maßregeln, von einer Selbstverwaltung, von einer Regelung des Verkehrs usw. kann noch gar keine Rede sein. Nur in den Niederlassungen der Europäer finden wir Orte, die an die europäischen Städte erinnern.

Plätzen in den Abteilungen „Baustoffe, deren Herstellung und Verwendung“ und „Maschinen, Werkzeuge und Geräte im Bauwesen, sowie zur Gewinnung und Bearbeitung von Baustoffen und deren Transport“. Aber auch in den übrigen Abteilungen sind bereits umfangreiche Plätze belegt. Es finden sich unter den Anmeldeern die Namen maßgebender Firmen. Auch die wirtschaftlichen Verbände der einschlägigen Industriezweige fördern durch tatkräftige Mitarbeit das Unternehmen. So hat sich in den letzten Tagen im „Verband Südwestdeutscher Industrieller“ ein „Südwestdeutsches Komitee für die Bauausstellung“ unter dem Vorsitz der Herren Fabrikdirektor Otto Hoffmann, Mannheim-Friedrichsfeld, und Kommerzienrat Heinrich Bögele, Mannheim, gebildet. An anderen Plätzen des In- und Auslandes steht die Gründung ähnlicher Körperschaften bevor. Wie die Arbeit des Direktoriums, der Ausschüsse, der Geschäftsstelle des großen Unternehmens sich von Tag zu Tag mehrt, so wachsen in gleichem Maße die Hoffnungen auf einen erfolgreichen Verlauf der ersten Welt-Ausstellung für Bau- und Wohnwesen.

**Mehr als eine Million Krankenkassenmitglieder in Groß-Berlin.** In den Krankenkassen von Groß-Berlin, worunter außer Berlin noch elf Vorstädte und Vorortgemeinden hinzuzunehmen sind, sind jetzt mehr als eine Million Mitglieder eingeschrieben. Nach einer Zusammenstellung aus dem Ende des vergangenen Jahres hatten die Krankenkassen von Groß-Berlin insgesamt 1 003 014 Mitglieder. Aus dieser Ermittlung geht aber auch hervor, in welchem gewaltigen Umfange die Frauen in das Erwerbsleben einbezogen worden sind; denn den 601 493 männlichen Kassenmitgliedern standen 401 521 weibliche Kassenmitglieder gegenüber. Es kamen also fast genau auf drei männliche zwei weibliche Kassenmitglieder. Namentlich in den letzten beiden Jahren hat die Vermehrung der weiblichen Kassenmitglieder wieder Fortschritte gemacht. Von Ende 1909 bis Ende 1911 haben sich in den Krankenkassen Groß-Berlins die männlichen Mitglieder um 11 331 vermehrt, dagegen die weiblichen Mitglieder um 75 098. Von den im Dezember ermittelten Mitgliedern waren 927 451 Pflichtmitglieder und 75 663 freiwillige Mitglieder. Am stärksten traten die freiwilligen Mitglieder bei den Frauen hervor; denn während sich 52 541 Frauen freiwillig versichert hatten, betrug die Zahl der freiwillig versicherten Männer nur 23 022.

**Der Kassendiebstahl im sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande** beschäftigte am 2. Februar die Strafkammer zu Bochum. In der Nacht zum 17. September vorigen Jahres erbrach der Kassierer Kreis im Verwaltungsgebäude des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes die Kasse und entnahm ihr Sparkassenscheine und Papiere, auf die er bei der Bank 35 000 M abhob. Durch ein Telegramm aus Zwidau war der Hauptkassierer Horn nach Zwidau gelockt worden. Kreis ist seit dieser Zeit flüchtig. Kreis unterhielt ein Verhältnis mit der Frau des Bergmanns Mathias Bachhuhn von Bochum. Diese wurde einige Tage nach dem Kassendiebstahl, als sie aus Zwidau nach Bochum zurückkehrte, verhaftet. Sie gestand ein, im Auftrage des Kreis das bewußte Telegramm von Zwidau an Horn abgehandelt zu haben. Frau Bachhuhn hatte sich heute wegen Urkundenfälschung und Beihilfe zum Betrüge vor der Strafkammer zu verantworten. Sie bestritt, von dem Kassendiebstahl gewußt, noch, wie die Anklage vermutet, Geld aus diesem von Kreis erhalten zu haben. Auf Ersuchen des Kreis sei sie nach Zwidau gefahren und habe von dort an den Hauptkassierer Horn ein Telegramm folgenden Wortlaut geschrieben: „Paul schwer erkrankt, komme sofort.“ In Zwidau wohnte der Sohn des Horn. Für die Reise erhielt sie von Kreis 100 M. Die Angeklagte gab als Grund an, Kreis habe dem alten Horn einen Schabernack spielen wollen. Sie selbst sei dem Kassierer Horn übergeben worden, weil er sie auf einer Festlichkeit beleidigt habe. Horn war zur Zeit der Ankunft des Telegramms krank. Seit dieser Zeit verschlechterte sich sein Zustand. Nach dem Gutachten des Arztes ist diese Wendung auf den Schlag zurückzuführen, den Horn beim Lesen des Telegramms erlitten. Die Verweigerung der Beweise von der Mißwirtschaft der Angeklagten an dem Kreislichen Betrüge zu erbringen. Der Staatsanwalt beantragte wegen gewinnstüchtiger Urkundenfälschung 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte aber unter Freisprechung von der Anklage der Beihilfe im Sinne des Antrages des Staatsanwalts wegen gewinnstüchtiger Urkundenfälschung auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Bei der Strafzumessung sei erwogen worden, daß die Tat der Angeklagten sich als eine außerordentlich gemeine und dreiste darstelle.

**Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier.** Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt: „Obgleich die Löhne in den letzten Monaten weiter gestiegen und im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres durchschnittliche Erhöhungen von ca. 20 Pp. pro Schicht erfahren haben, stehen bei den Berg-Organisationen, wie wir hören, ernsthafte Erwägungen, in Anbetracht der besseren Marktverhältnisse und der ab 1. April in Kraft tretenden höheren Kohlenpreise, auch eine generelle Erhöhung der Bergarbeiterlöhne ab 1. März oder 1. April einzutreten zu lassen, um auch die Arbeiter an den besseren Verdiensten teilnehmen zu lassen. Es besteht also die Absicht, nicht erst zu warten, bis die Arbeiter in der Lohnfrage aktuell vorgehen, sondern selbst die Initiative zu ergreifen, die Löhne mit den gestiegenen Preisen in Einklang zu bringen. — Man wird in der Verteilung dieses Vorschlages wohl nicht festgreifen, wenn man ihn als eine Folge der Verknüpfung mit dem Status bezeichnet, aus der also auch

die Arbeiter schon ihre Vorteile ziehen. Die Tatsache wird sicherlich nicht verkehren, das Abkommen zwischen Krütsch und Kohlenhändler auch solchen Leuten als durchaus zweckentprechend erscheinen zu lassen, die ihm bisher skeptisch gegenüberstanden. Und sie wird ferner auch auf eine eventuelle Streitigkeit, an die aber erstlich zurzeit wohl niemand denkt, von nicht ungünstigem Einfluß sein.“ — Da kann man ja neugierig sein, was dabei herauskommt.

**Note Wahlhelfer und Kontrolleure.** Von den angeblich „freien“ Gewerkschaften werden die Mitglieder nicht nur der Sozialdemokratie zugetrieben, sondern am Wahltag auch kontrolliert. In München wurden bei der Reichstagswahl zu diesem Zweck Karten ausgegeben mit folgendem Inhalt: „Reichstagswahl 1912. Dem Inhaber dieser Kontrollkarte wird bestätigt, daß er zur Reichstagswahl 1912 gemählt hat. Wahlkreis . . . Wahlbezirk . . . (Stempel). Diese Karte ist am Wahltag im Stabsquartier der sozialdemokratischen Partei unter allen Umständen abstem-peln zu lassen.“ „Unter allen Umständen“ müssen sich also die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften vom roten Wahlbureau kontrollieren lassen. Welcher Unterschied besteht hier denn noch zwischen Partei und Gewerkschaften?

**Ein Nachspiel zum Düsseldorfener Krankenkassenstandal.** Die durch den bekannten Beleidigungsprozeß aufgedeckte Miß- und Liquenwirtschaft in der sozialdemokratisch verwalteten Allgemeinen Ortskrankenkasse Düsseldorf hat noch ein Nachspiel vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Düsseldorf gehabt. Der Kassensführer Benjer, ein Sozialdemokrat, und der Bureauvor-sitzer Red, ein nichtsozialdemokratischer Beamter, waren nach dem damaligen Prozeß ohne Kündigung entlassen worden. (Red hatte zugunsten der Kassenverwaltung ausgesagt.) Gegen diese Entlassung hatten beide beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Beschwerde erhoben. Dieser interessante Prozeß, zu dem ein großer Zeugenapparat aufgeboten war, dauerte zwei Tage und wurde am 16. und 17. Januar verhandelt. Den beiden Klägern, sowie der Kasse stand je ein Rechtsanwalt zur Seite. Die Verhandlungen bestätigten in allen Punkten die damaligen Behauptungen des Beklagten Red über die Mißwirtschaft innerhalb dieser sozialdemokratischen Kassenverwaltung. Das Gericht entschied, daß Red wieder eingestellt wird, da seine Entlassung ungerechtfertigt war, wogegen Benjer es vorzog, auf Grund des erdrückenden Beweismaterials gegen Schluß des zweiten Verhandlungstages seine Beschwerde zurückzuziehen. Damit ist Benjer endgültig von der Kasse entfernt.

Man erinnert sich, wie nach der damaligen Verhandlung die gesamte sozialdemokratische Presse versuchte, die Wahrheit krumm zu biegen, oder die Vorgänge zu beschönigen. Und in der jetzigen Verhandlung gaben der sozialdemokratische Vertreter der Kasse und sein Rechtsbeistand sich alle erdenkliche Mühe, diese skandalöse Mißwirtschaft Punkt für Punkt zu beweisen, um die erfolgten Entlassungen zu rechtfertigen. Soweit der „Gewosse“ Benjer in Frage stand, ist das auch vollständig gelungen.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Offen (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Fortriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiter des Zwischenmeisters Geiser, Köln, für die Fliesenleger die Zwischenmeister Geisen, Ludwigshafen (Streit der Maurer und Baubehilfsarbeiter), Duisburg, Fliesenleger (Sperre über den Zwischenmeister Ströden), Wollanich (Sperre über Pawlisch) wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

### Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe.

**Entscheidung 213 (Goldberg i. Schl.).**

Die Sache wird an die zweite Instanz zurückverwiesen zur Feststellung, ob nicht eine mittelbare Aussperrung der Bauhilfsarbeiter dadurch stattgefunden hat, daß die Maurer ausgesperrt wurden. Binnen drei Wochen nach der Zustellung ist ein Vertrag abzuschließen, wenn hierbei festgestellt wird, daß die Bauhilfsarbeiter unter den Hauptvertrag fallen.

**Gründe:**

Nach Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 21 sollten die Vorstände der örtlichen Organisationen in Goldberg i. Schl. gegebenenfalls unter Zuziehung eines Unparteiischen feststellen, ob im Jahre 1910 eine Ausperrung der Bauhilfsarbeiter in Goldberg stattgefunden hat. Der Unparteiische gab nach Einvernehmen der Parteien seine Entscheidung dahin ab, daß die Bauhilfsarbeiter im Jahre 1910 nicht ausgesperrt worden seien. Da jedoch von keiner Seite bestritten wird, daß die Bauhilfsarbeiter gleichzeitig mit der Ausperrung der Maurer „entlassen“ wurden, so besteht die Vermutung, daß die Bauhilfsarbeiter, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar dadurch ausgesperrt wurden, daß sie nach der Ausperrung der Maurer nicht mehr arbeiten konnten. Ist dies festgestellt, so liegt eine Ausperrung der Bauhilfsarbeiter vor, und es ist nach Entscheidung Nr. 21 des Schiedsgerichts ein Ver-

trag mit ihnen in kürzester Frist abzuschließen, wo- für drei Wochen angemessen erscheinen.

Entscheidung 214 (Lissa i. Posen).

Die Streitfrage ist durch die Entscheidungen Nr. 114 und 121 des Zentralschiedsgerichts erledigt.

Gründe:

Auf die Begründung der Entscheidungen Nr. 114 und 121 des Zentralschiedsgerichts wird verwiesen.

Entscheidung 215 (Neuzelle).

Beide Zentralorganisationen werden angewiesen, dahin zu wirken, daß längstens innerhalb dreier Wochen die Entscheidung Nr. 76 des Zentralschiedsgerichts durch Abordnung beiderseitiger Vertreter ausgeführt wird.

Gründe:

Aus den Akten läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, aus welchen Gründen die Entscheidung Nr. 76 des Zentralschiedsgerichts nicht zur Ausführung gekommen ist, und es steht Behauptung gegen Behauptung. Zur Herbeiführung geordneter Vertragsverhältnisse ist eine Klarstellung in kürzester Frist geboten, was am ehesten möglich ist, wenn die Zentralorganisationen die Sache selbst in die Hand nehmen.

Entscheidung 216 (Münster—Fürth).

1. Die Entscheidung der zweiten Instanz wird mit folgender Erläuterung bestätigt:

„Wo Akkordarbeiten innerhalb einzelner Branchen bisher nicht ausgeführt wurden, ist auch deren Einführung durch Einzelakkordverträge nicht zulässig.“

2. Jegliche diesbezügliche kollektive Maßnahme verliert gegen den Tarifvertrag.

3. Im übrigen wird die Sache an die zweite Instanz zurückverwiesen behufs endgültiger Feststellung, inwieweit nach Ziffer 1 der Entscheidung in einzelnen Branchen Akkordarbeit zulässig ist.

Gründe:

Eine in der zweiten Instanz am 27. September 1911 bestätigte Entscheidung der örtlichen Schlichtungskommission in Nürnberg vom 1. August 1911 lautet:

„Wo Akkordarbeit nicht üblich ist, ist auch deren Einführung durch den Einzelarbeitsvertrag nicht zulässig.“

Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für Nürnberg-Fürth und Umgebung verlangt die Aufhebung dieser Urteile mit dem Antrage, zu erlassen, daß die Vereinbarung, ob in Akkord gearbeitet wird, ausschließlich in das freie Ermessen des einzelnen Arbeitgebers gestellt ist, und daß jede kollektive Maßnahme, die seitens einer Organisation für oder wider diese Vertragsbestimmung erfolgt, als Tarifbruch zu erachten ist.

In Uebereinstimmung mit seiner früheren Praxis stellt das Zentralschiedsgericht auf dem Standpunkt, daß bei der Frage der Zulässigkeit der Akkordarbeit an einem Orte jeder irgendwie erkennbare einzelne Zweig des Baugewerbes besonders ins Auge gefaßt werden muß. Die Zulässigkeit eines Einzelarbeitsvertrages in einem dieser Zweige des Gewerbes hängt nicht ab von der Abschluß eines Akkordvertrages, von der Ueblichkeit der Akkordarbeit ab, sondern lediglich von dem bisherigen Vorkommen der Akkordarbeit in der betreffenden örtlichen Branche. In diesem Sinne war die Vorentscheidung zu erläutern, die wegen des gebrauchten Ausdrucks „Absicht“ zu Zweifel Anlaß gibt. In dieser Erläuterung war also zunächst hervorzuheben, daß es nur auf das „Vorkommen“ der Akkordarbeit in einzelnen örtlichen Branchen ankommt. Es folgt daraus, daß, wo Akkordarbeit in einer örtlichen Branche bisher nicht ausgeführt worden ist, in dieser örtlichen Branche Einzelakkordverträge nicht abgeschlossen werden dürfen, damit nicht durch den Abschluß solcher Einzelakkordverträge, d. h. mit einzelnen Arbeitern abgeschlossene Akkordverträge, die Akkordarbeit allmählich eingeführt wird.

Bevor die Einführung noch die Einschränkung der Akkordarbeit durch kollektive, d. h. mit Zustimmung von einer Mehrheit von Arbeitgebern oder Arbeitern, insbesondere deren Verbänden, unternommene Maßnahmen herbeigeführt werden, kann in der von beiden Teilen angenommenen Begründung des Dresdenener Haupttarifvertrages war ausdrücklich erklärt worden, daß eine Ausdehnung des bisherigen Umfangs der Akkordarbeit nicht beabsichtigt sei, aber ebensowenig ein Recht auf Bekämpfung der Akkordarbeit, soweit sie bisher geübt wurde, beabsichtigt war.

Die Feststellung, ob in einer örtlichen Branche bisher, d. h. vor dem Kampfe im Frühjahr 1910, Akkordarbeit verrichtet wurde, konnte naturgemäß nicht vom Zentralschiedsgericht erfolgen. Deshalb wird die Sache zwecks dieser Feststellung an die Ortsorganisationen zurückverwiesen.

Entscheidung 217 (Münster).

Für den Bezirk des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes besteht drei für sämtliche am Haupttarif beteiligten Organisationen gemeinschaftliche Schlichtungsgerichte. Es wird jedoch den örtlichen

Organisationen nahegelegt, bei Fragen, die ausschließlich eine Organisation betreffen, bei der Belegung der Instanz entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Gründe:

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands behauptet, daß im Bezirke des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ein gesonderter Vertrag mit den Zimmerern vorliege, und daß er deshalb Anspruch darauf habe, daß für den Zimmererverband eine besondere zweite Instanz geschaffen werde. Festgestellt ist, daß mit dem Zimmererverband ein gesonderter Vertrag abgeschlossen ist; das gleiche ist aber auch mit dem Bauarbeiterverbände und dem Verbands der christlichen Bauarbeiter der Fall. Dann ist aber auch der Beweis nicht schlüssig, daß kein einheitlicher Vertrag vorliege, weil getrennte Vertragsabschlüsse gegeben seien. Die Arbeitgeber behaupten, daß die von dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifverträge ein Ganzes bildeten, und gemäß § 8 derselben seien in Kassel, Frankfurt a. M. und Mannheim je ein für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsames Schiedsgericht eingesetzt. Diese Ansicht wird noch gestützt durch das Zeugnis des Vorsitzenden der zweiten Instanz, Stadtrat Dr. Luppe in Frankfurt a. M., der feststellt, daß das unter seinem Vorsitz tagende Schiedsgericht nach eingehender Beratung beschlossen habe, nur drei zweite Instanzen für den ganzen Bezirk einzusetzen, deren jede das ganze Baugewerbe umfassen sollte; die Einsetzung einer besonderen zweiten Instanz für die Zimmerer wurde hierbei ausdrücklich abgelehnt.

Unter diesen Umständen ist es höchstens zweifelhaft, ob für die Zimmerer ein Anspruch auf eine gesonderte zweite Instanz besteht; im Zweifelsfalle entscheidet aber die Zweckmäßigkeit, welche dazu führt, die örtlichen gleichen Fragen einheitlich und gemeinschaftlich zu verhandeln und zu entscheiden. Andererseits soll den etwaigen Besonderheiten des Zimmererverbandes in der Belegung der Instanzen tünlichst Rechnung getragen werden.

Jahresbericht des Bezirks Münster.

War das Jahr 1910 ein Jahr der Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, so verließ das vergangene Jahr bedeutend ruhiger und konnten wir unsere Tätigkeit mehr anderen Aufgaben, besonders der geistigen Schulung der Mitglieder zuwenden. Setzen wir im vorigen Jahresbericht die Hoffnung auf eine bessere Konjunktur, so ist dieselbe auch — von einigen Ausnahmen abgesehen — eingetreten. In Münster setzte die Privatbautätigkeit etwas besser ein und wurden eine Anzahl größerer öffentlicher Gebäude errichtet, unter anderen das Rathhaus und das Provinzialschulkollegium, ferner fand eine bedeutende Erweiterung des Schlachthofes statt, in dem eine neue Kuhstalle errichtet wurde. Die Steinwerkzeuggenossenschaft verlegte ihren Sitz nach Münster und ließ ein neues Verwaltungsgebäude herstellen, dergleichen wurde unter Mitbeteiligung der Stadt ein neuer Saalbau errichtet, der bei Versammlungen 5—6000 Personen fassen soll. Erwähnt sei noch die Errichtung eines großen Warenhauses für Kanufakturwaren, das im Rohbau fertiggestellt ist. In Osnabrück vergrößerte besonders der neue Güterbahnhof Hunderte von Bauarbeitern Beschäftigung. Die Hauptarbeiten wurden von auswärtigen Firmen ausgeführt, die gleichfalls wieder größtenteils fremde Arbeiter beschäftigten. Die Privatbautätigkeit war gleichfalls gegenüber dem Vorjahr etwas lebhafter. Nordhorn, Vingen, Ibbenbüren und Gronau zeigten eine recht rege Bautätigkeit. Im letztgenannten Orte wurden zwei große Zementfabriken errichtet. Die deutschen Arbeiter wurden von diesen Bauten ungünstig angehalten, damit die Hunderte von holländischen, galizischen und polnischen Arbeitern, die dabei verwendet wurden, nur ja von keinem Hand der Organisation berührt würden. In Warendorf war es der Plan einer neuen katholischen Kirche, die unter den dortigen Kollegen reichlich Arbeitsgelegenheit brachte. Am Dortmund-Emskanal wurden mehrere neue Schleusen eingebaut, an denen unsere Kameraden zum großen Teil beschäftigt sind. Auch Westfalen hatte eine recht gute Konjunktur. Die technischen Umwälzungen im Baugewerbe können auch hier beobachtet werden, in dem bei der Reihenzahl der errichteten größeren Gebäude an Stelle des Mauerwerks die Verwendung von Eisenbeton getreten ist. Schlecht war die Konjunktur besonders in Borchhorst, Bordenberg, Stadtilm und im letzten Halbjahr auch in Stever; es besteht auch nicht allzuviel Hoffnung, daß in diesem Jahr in genannten Orten viel mehr Arbeitsgelegenheit sich bieten wird. Münster dürfte dagegen zureichend Arbeitsgelegenheit bringen, da die Herstellung eines neuen Bahnhofsgebäudes sicher ist. Ferner wird ein neuer Bahntunnel gebaut, und ist die Vollendung der Untertunntalsbauten noch vorzunehmen, da selbige erst dann auf Seehöhe gebracht sind. Die Errichtung des Neubaus für das Oberzollamt ist ebenfalls sicher. Dann ist noch die Erweiterung des Hauptbahnhofs geplant, auf Grund der Errichtung zweier neuer Bahnhöfe und zwar Münster-Dortmund und Münster-Diesfeld; ferner der Neubau einer Trainstation. Ob die beiden letzten Projekte schon in diesem Jahr in Angriff genommen werden, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. In Gronau darf ebenfalls eine gute Konjunktur erwartet werden, da durch das dortige Arbeiterkloster zur Belegung der neuen Fabriken das dortige Wohngebiet sich stärker als bisher geltend machen dürfte. Ebenfalls in Ibbenbüren, Emsdetten und Bielefeld gute Aussichten, so daß

aller Voraussicht nach auch dieses Jahr den Kollegen genügend Arbeitsgelegenheit sich innerhalb des Bezirkes bietet.

In Anbetracht der guten Konjunktur hätte auch eine erhebliche Mitgliederzunahme eintreten müssen. Leider ist dieses nicht der Fall, sondern die Mitgliederzahlen bewegen sich auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr, trotzdem in den ersten drei Quartalen 767 Neuaufnahmen gemacht worden sind. Der Grund dieser Erscheinung liegt neben anderen besonders darin, daß die Kollegen der beiden größten Orte des Bezirkes, Münster und Osnabrück — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in der Mitarbeit verlagert haben, selbst einzelne Vertrauensleute glaubten mit Jammern über die Gleichgültigkeit der Mitglieder ihre Aufgabe erfüllt zu haben. Daß man durch eine solche Haltung die gleichgültigen und trägen Mitglieder nicht zur Mitarbeit begeistert, sondern sie dadurch nur davon noch mehr abhält und gleichzeitig unsere Vorwärtsbewegung hemmt, sollte jedem Kollegen ohne weiteres einleuchten. Somit haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß der Mitgliedererwerb, welcher durch eine rastlose und tüchtige Agitationsarbeit in einer Reihe von Orten, besonders in Paderborn, Vingen, Rheine, Ibbenbüren, Coesfeld, Emsdetten usw. erzielt wurde, in den beiden genannten Orten uns wieder verloren ging. Statt daß die Kollegen der beiden Städte die Führung in betreffs der Leistungsfähigkeit in der Agitation stets behalten mißten, haben die Kollegen der Landorte es verstanden, sie an sich zu reißen und dadurch die beiden Städte auf die niedrigste Stufe zu schieben. Eine rühmliche Ausnahme machen in beiden Fällen jedoch die Zimmerer. In Osnabrück haben dieselben ihren Mitgliederstand verdreifacht, in Münster haben sie gleichfalls ihre Zahl so viel als möglich vermehrt, wurden doch bei einer im November ausgenommenen Statistik hier nur zwei unorganisierte Zimmerer festgestellt. Hoffentlich bringen es Maurer in Osnabrück und Münster durch ihre diesjährige Mitarbeit so weit, daß sie am Jahresabschluß oben an stehen. Auch die Fliesenleger in O. haben sich fast vollständig unserem Verbände angeschlossen.

Um den inneren Ausbau der Verwaltungen zu festigen, wurde in den meisten Zahlstellen eine gründliche Buch- und Kassenrevision vorgenommen, und stellte sich dabei heraus, daß neben mehreren Verwaltungen, die eine recht gute Geschäftsführung aufzuweisen haben, auch noch Zahlstellen vorhanden sind, die recht mangelhaft die Geschäftsbücher geführt hatten. Nachdem genaue Aufklärung den Kollegen gegeben worden war, warum alle Bücher vollkommen und genau geführt werden müssen, auch selbst im Interesse der Kassierer, griff allgemein die Zuangriffnahme derselben Platz, so daß die einheitliche Geschäftsführung aller Bücher innerhalb der Zahlstellen dieses Jahres wohl reiflos durchgeführt werden wird. Damit wären wir einen weiteren Schritt vorwärts, der uns jedenfalls manchen tüchtigen Kollegen in seiner Tätigkeit für den Verband erhalten wird. Die plötzliche Amtsmüdigkeit mancher tüchtigen Kassierer hat letzten Grundes keine Ursache in dem Umstand, daß es ihm allein oft nicht gelingen will, einen sich einschleichenden Rechenfehler herauszufinden, er setzt dann schließlich die fehlende Summe aus eigener Tasche zu, zieht sich unter gesuchten Vorwänden von den Kassengeschäften zurück und wir sind wieder einen Mitarbeiter los, ohne uns die Ursache erklären zu können, weshalb der bisher so eifrige Kollege nicht mehr zur Mitarbeit zu bewegen ist. Eine gute Buchführung sowie öfters abgehaltene Kassenrevision, wobei die betreffenden Kollegen sachlich über die gefundenen Fehler aufgeklärt werden, werden dazu beitragen, uns manche gute Arbeitskraft dauernd für den Verband zu erhalten. Ein enges Hand-in-Handarbeiten der Vorstände und der Bezirksleitung in diesem Punkte kann der inneren Festigung sowie der Ausbreitung des Verbandes in den Zahlstellen und des ganzen Bezirkes recht förderlich sein. Das Hauptgewicht muß in diesem Jahr in allen Zahlstellen darauf gelegt werden, daß nicht nur einzelne, sondern alle Mitglieder sich an der geistigen Schulung und Bildung beteiligen.

Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden neun Lohnbewegungen geführt; dieselben verliefen in Burgsteinfurt, Fortmar und Billerbeck ergebnislos. In Papenburg wurden vier bis sechs Pfennig, in Warendorf und Selgte fünf Pfennig die Stunde auf friedlichem Wege an Mehrlohn erzielt. In Osnabrück und Hasellüne mußte zur Arbeitsniederlegung gegriffen werden, auch diese Bewegungen endeten ohne Kosten für den Verband, aber mit einem vollen Erfolg für die Kollegen, indem in Osnabrück ein Mehrlohn von acht bis elf Pfennig, in Hasellüne von sieben bis neun Pfennig die Stunde, sowie im letzten Ort eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt wurde. In Norup wurde nach mehrmaligem Verhandeln eine Lohnmehrung von sieben Pfennig die Stunde, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, durchgesetzt.

Die bestehenden Tarifverträge werden immer noch von vielen Unternehmern zu umgehen versucht, was ein öfteres Eingreifen der Schlichtungskommission und der Bezirksleitung notwendig machte. Besonders taten sich darin die Borchhorster Unternhmer Rud und Höster hervor. Ersterer, obwohl Vorsitzender der Ortsgruppe des Arbeitgeberbundes, glaubte die vorhandene schlechte Konjunktur zur Umgehung des Vertrags auszunutzen zu können. Aus diesem Anlaß kam es trils zu scharfen Auseinandersetzungen in den Schlichtungskommissionensitzungen, wobei er seinen Haß gegen die Arbeiterorganisationen schlecht verbergen konnte. Dann machte er gemeinsam mit H. einen Vorstoß, den Tariflohn der Zimmerer zu beschränken, indem beide einen Teil der Zimmerer, die auch Schreinerarbeiten verrichten müssen, einfach zu „Schreiner“ kempeln wollten, um dadurch diesen die tarifliche Lohnsage am 1. April nicht zahlen zu brauchen. Als die Kollegen damit nicht einverstanden waren, wurden sie entlassen. Bei einer Sitzung des Einigungsamtes, welche zur Entscheidung über dieses Vorgehen am 13. Mai in Münster tagte, erklärte Rud durch eine schriftliche Mitteilung, daß er seinen „Schreinerbetrieb“ eingestellt

habe. Herr Höfster bemerkte persönlich, daß er bei Zahlung von Tariflöhnen nicht konkurrenzfähig bleiben könne, daher die zu vergebenden Schulbänke nicht erhalten habe und deshalb die betreffenden Zimmerer aus Arbeitsmangel habe entlassen müssen. Auf die Frage des Einigungsamtsvorsitzenden Herrn Rath beteuerte er dieses hoch und heilig als die volle Wahrheit, heute weisen wir ihm — wenn es verlangt wird, gerichtlich — nach, daß dieses ein grober Schwindel war, da Höfster die fragliche Arbeit (Schulbänke) einige Tage vor der Entlassung der in Frage kommenden Arbeiter erhalten hat, auch von der Einstellung des Schreinerbetriebes bei Aufmerktheit kein Mensch etwas. Daß durch eine solche Mißhandlung der Wahrheit die Achtung vor dem Unternehmer bei den Arbeitern nicht gefördert wird, liegt klar auf der Hand. Im Gegensatz zu der hier gekennzeichneten Art von Unternehmern giebt es erfreulicherweise auch eine Anzahl solcher, die es mit der Innehaltung und Durchführung des Vertrages ehrlich meinen und zu Klagen keinerlei Anlaß geben.

Rechtsschutz wurde in 67 Fällen erteilt, wobei Mark 685,49 erzielt wurden. Es handelte sich in 47 Fällen um Arbeitslohn, in drei Fällen um die Lösung des Arbeitsverhältnisses, in zwei Fällen um Lohnzahlung, in vier Fällen um Krankentageslohnangelegenheiten, zwei Fälle bezogen sich auf die Invalidenversicherung, einer auf Militär- und zwei auf Steuerfragen. In vier Fällen wurde das Ergebnis der Rechtsschlichtung nicht mitgeteilt, und in zwei Fällen schwebt das Verfahren noch.

Dem Bauarbeiterzuschuß konnte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als dieses in vorhergehenden Jahren möglich war. Es wurde in Münster der Erlaß einer Bauarbeiterzuschußverordnung erreicht und durch Eingaben bei verschiedenen Behörden bei diesen erzielt, daß auch sie den Erlaß derartiger Verordnungen in Aussicht stellten, jedoch hat bei der Niederschrift dieser Zeiten dieser noch keine Erfüllung gefunden.

Den Krankenkassen wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt, und gelang es auch, die unhaltbaren Zustände in den Ortskrankenkassen in Bingen und Teigte, sowie der Innungs-Krankenkasse in Emsdetten zu beheben. In letztgenanntem Orte schloß man auf Grund der Tätigkeit unserer Organisation die Bauunternehmer aus der Innung aus, so daß sie ihre Arbeiter ebenfalls aus der Innungs-Krankenkasse heraus und der Ortskrankenkasse zuführen mußten. Damit war unser Zweck, einer leistungsfähigen Kasse anzugehören, erreicht. In Borghorst suchte man den Kassenzugehörigen bisherige Vorteile zu entziehen, was jedoch durch das planmäßige Vorgehen unserer Kollegen sowie der Organisationsleitung vereitelt wurde.

Durch eine Reihe von Vorträgen über die Reichsversicherungsordnung wurden die Kollegen über die Bestimmungen derselben aufgeklärt. Ferner fanden zur weiteren Schulung in neun Orten stündliche Arbeiterkurse statt, über die sich die Kollegen allgemein anerkennend ausdrückten. Zu bedauern ist nur, daß die Kollegen unseres Verbandes nicht überall in der gewünschten Anzahl sich beteiligten. Vielleicht läßt es sich in diesem Jahr ermöglichen, auch in den Orten solche Kurse einzurichten, wo sie vergangenes Jahr nicht stattgefunden haben. Überall eine recht starke Beteiligung an denselben liegt im Interesse der Arbeiterkraft.

Die Konsumgenossenschaften westdeutscher Richtung gewinnen bedeutend an Boden, so zählt der Ende 1909 in Münster errichtete Konsumverein Eintracht zurzeit schon über 1100 Mitglieder. In Rhine hat man es in kurzer Zeit auf über 300 Mitglieder gebracht. In Dülmen befindet sich ebenfalls ein im vorigen Jahr errichteter Konsumverein in kräftiger Entwicklung, auch in Bingen beabsichtigen die christlichen Arbeiter in größerer Zahl dem bestehenden Konsumverein beizutreten, also ein Vorwärtsschreiten des Genossenschaftsgedankens auf der ganzen Linie.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters spiegelt sich in folgenden Angaben wider: Derselbe nahm teil an acht öffentlichen Versammlungen, 119 Mitgliederversammlungen, 49 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, 11 Kartellsitzungen, 16 Sitzungen und Besprechungen mit anderen Berufs-, 29 Sitzungen mit den Unternehmern, sieben Sitzungen des Einigungsamtes, elf Schlichtungskommissionsitzungen, 14 Sitzungen und Versammlungen konfessioneller Vereine und zehn Lohnkommissionsitzungen. Ferner fanden statt 20 Untersuchungen von Beschwerden in der Lohnfrage und 23 Kassendivisionen wurden vorgenommen. In 21 Orten wurde versucht, unserem Verband Eingang zu verschaffen. An Schriftstücken gingen aus 362 Briefe, 472 Karten, 243 Drucksachen, sechzehn Pakete, 23 Telegramme, zusammen 116 Stüd. Es liefen ein neun Telegramme, 52 Postanweisungen, 321 Briefe, 388 Karten, 159 Drucksachen, sechzehn Pakete, zusammen 950 Stüd.

Das hinter uns liegende Jahr erforderte zur Erfüllung der sich einstellenden Aufgaben eine recht regre Tätigkeit und erfüllen uns mit Befriedigung die erzielten Erfolge in den Lohnbewegungen, in der Verbesserung des Bauarbeiterschutzes, in der Beseitigung der teilweise himmelschreienden Zustände einiger Krankenkassen, sowie der überall sich bemerkbar machenden besseren Geschäftsführung innerhalb der Verwaltungsstellen. Nicht befriedigt uns der Mitgliederstand, welcher bei etwas mehr Mitarbeit gegenüber dem Vorjahr leicht 600 Kollegen mehr hätte betragen können, statt sich auf der alten Höhe zu halten. An der guten Erlebung der zu bewältigenden Aufgaben haben ein Teil Vertrauensleute und Mitglieder, die selbstlos im Interesse der Gesamtbewegung sich alzeit freudig in den Dienst der Agitation stellten, mitgewirkt. Diesen wackeren Mitarbeitern sei an dieser Stelle der herzlichste Dank abgestattet mit dem gleichzeitigen Wunsch, daß sie auch in diesem Jahre mit demselben Feuerifer unseren hohen Zielen und Idealen dienen mögen, sowie daß recht viele ihrem Beispiele folgen.

Das Jahr 1912 wird, soweit Lohnbewegungen in

Frage kommen, wohl das ruhigste seit Errichtung des Bezirkes werden, da nur in drei Orten die Tarife ihrem Ende entgegengehen und deshalb erneuert werden müssen. Da wir uns im letzten Jahre der gestiegenen Tarifverträge befinden, gilt es noch, eine erhebliche Agitationsarbeit zu leisten und die Organisation lückenlos zu schließen, sind doch auch im hiesigen Gebiet die Arbeitgeber des Baugewerbes emsig an der Arbeit, ihre Organisation zu vervollständigen und vor allen Dingen die Baumaterialienhändler, wenn auch nicht mit ganz einwandfreien Mitteln, sich gefügig zu machen, sie besonders zu zwingen in der Form, auf die an die Unternehmer einzuliefernden Rechnungen, entsprechend der Höhe der gelieferten Materialien, Marken zu kleben, damit der Millionenkampfbonds des Arbeitgeberbundes erreicht wird. Händler, die sich diesem Diktum des Westdeutschen Arbeitgeberbundes nicht fügen, sollen von dessen Mitgliedern keine Lieferungen mehr bekommen. Diese Vorgänge im Arbeitgeberlager zeigen uns, wohn die Fahrt im Jahre 1913 gehen soll. Einzelne Unternehmer konnten es sich schon im vergangenen Jahre nicht verjagen, bei Unterredungen durchzulaufen zu lassen, daß sie für den Ausgang des Kampfes 1910 eine Vergeltung haben wollen. Diesen Strömungen gegenüber sind uns unsere Aufgaben klar vorzuziehen. Kostlose Aufklärungsarbeit in den einzelnen Zahlstellen unter den schon organisierten Kollegen, unermüdlige Werbearbeit bei den unorganisierten Bauarbeitern, Einführung unseres Verbandes in Nachbarorten, soweit er noch nicht besteht, nimmermüde geistige Schulung und Bildung, Beteiligung und kräftige Mitwirkung aller organisierter Kollegen an diesen Aufgaben. Tritt dieses ein, so dürfte das Ergebnis dieses gemeinsamen Handelns sich am Jahresschluß in einer starken Ausbreitung des Verbandes, sowie festgefühten inneren Geschlossenheit der Zahlstellen zeigen, die uns dann auch den Erfolg für die Zukunft verbürgen. Drum auf, Kollegen, zur Mitarbeit, kämpfen wir zielbewußt im Zentralverband christlicher Bauarbeiter für die Interessen unseres Standes.

Münster i. W., den 23. Januar. B. Müller.

### Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuliefern. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Seite ein ca. zweiseitigebreiter Rand freilassen für notwendige Korrekturen.)

**Münster.** Am 28. Januar wurde unsere diesjährige General-Versammlung abgehalten. Kollege Mayer eröffnete dieselbe um sechs Uhr und erstattete den Jahresbericht. Aus demselben ist hauptsächlich hervorzuheben die stets schwankende Zahl der Mitglieder. Während wir am Anfang des Jahres 32 Mitglieder zählten, erreichten wir am Jahresschluß doch nur die Höhe von 35 Mitgliedern, trotzdem wir elf Neuaufnahmen hatten. Kollege Mayer ermahnte deshalb die anwesenden Kollegen, dafür zu sorgen, daß diese auch Kollegen dem Verbands treu bleiben müssen. Aus dem Kassensbericht ist noch zu betonen, daß manche Kollegen sehr lau sind im Beitragszahlen. Dieser Uebelstand muß verschwinden, denn jeder Kollege soll es als eine Ehrenpflicht halten, pünktlich zu sein. Es ist dieses auch dringend notwendig im Interesse der Kassenzuführung. Aus der Neuwahl gingen hervor die Kollegen: Johann Michels, Vorsitzender; Michel Mayer, Stellvertreter; Georg Scherer II., Kassierer; Johann Hufelstein, Schriftführer; Jakob Michels Kassierer; Johann Hufelstein, Schriftführer; Jakob Michels und Georg Meyer, Revisoren. Als Verwaltungsstellen-delegierter wurde unser erster Vorsitzender gewählt. Nachdem der Vorsitzende die neuen Vorstandsmitglieder ernannt hatte, stets pünktlich zu sein, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

**Süd Riffingen.** Am Samstag, den 13. Januar, hielten wir unsere Generalversammlung in der Restauration Ostendgarten ab. Dieselbe war fast von allen Zahlstellen sehr gut besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Verwaltungsvorstandes. 2. Aufstellung eines Ortsstatuts. 3. Regelung der Beiträge laut Statut. 4. Wahl des Vorstandes. Aus dem Vorstandsbericht war zu entnehmen, daß unsere Verwaltungsstelle einen schönen Fortschritt zu verzeichnen hatte. Am Schluß des 4. Quartals 1910, hatten wir 3 Zahlstellen (Klosterhausen, Rüdlingen und Kamfuh) mit 53 Mitglieder. Neugegründet wurden die Zahlstellen: Radtshausen, Garis und Arnshausen-Kreiterwießen. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 86, ausgetreten und abgereist sind 20 Kollegen. Die Verwaltungsstelle zählt am Schluß des 4. Quartals 1911 6 Zahlstellen mit 124 Mitglieder, somit eine Zunahme von 66 Kollegen. Nach dem Kassensbericht betragen die Gesamteinnahmen 1387,76 M., die Ausgaben 1324,13 M., somit bleibt ein Kassensbestand von 63,63 M. An die Hauptkasse wurden abzüglich der Zentralausgaben 854,13 M. abg. jand. Das Ortsstatut wurde einstimmig angenommen. Wichtig ist in denselben, daß in Zukunft nicht mehr 15 Prozent, sondern nur 10 Prozent in den Zahlstellen verbleiben, somit 90 Prozent der Einnahmen an den Verwaltungsstellenkassierer abzuliefern sind. Die Beitragserhöhung von 10 Pf. fand einstimmige Annahme. Der Beitrag beträgt ab 1. März für die Bauhandwerker 60 Pf. und für Hilfsarbeiter 50 Pf. Aus der Wahl des Vorstandes gingen folgende Kollegen hervor: Karl Koch in Garis Nr. 13 als Vorsitzender, Bernhard Müller in Klosterhausen Nr. 1 1/7 als Kassierer und Alois Böh in Arnshausen als Schriftführer. Die Revisoren und übrigen Verwaltungsmitglieder werden laut Ortsstatut in den Zahlstellen gewählt. Zum Schluß ermahnte Kollege Sommer alle Kollegen zur eifrigen Werbearbeit in diesem Jahre. Haben wir doch den deutlichen Beweis, daß, wenn wir unsere Pflicht erfüllen, wir auch vorwärts kommen. Gerade in Riffingen, wo der Boden für uns noch günstig steht, muß es ein leichtes sein, in diesem Jahre unsere Verwaltungsstelle auf 200 Mitglieder zu bringen. Auf zur gemeinsamen Arbeit für die Hebung unserer

wirtschaftlichen Lage, aber auch auf zum Kampfe für unsere christliche Weltanschauung. Mit einem Hoch, auf die christlichen Gewerkschaften, wurde sodann die schöne Versammlung durch den neuen Vorsitzenden geschlossen.

**Brühl.** Unsere Generalversammlung war gut besucht. Kollege Weber gab den Jahresbericht. Er erinnerte insbesondere an den Streik im Brühler Bau-gewerbe, der deshalb ausbrach, weil die Unternehmer die Vohngforderung der Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht akzeptieren wollten. Daraufhin wurde am 15. Mai der Streik mit 43 gegen 5 Stimmen beschlossen. Organisiert waren 35 Kollegen. Am 19. Mai fand die erste Verhandlung statt, allerdings ohne Erfolg. Am 1. Juni kam dann der Tarif zum Abschluß. Der Streik erstreckte sich auf acht Unternehmer, wobei acht Poliere, 39 Gefellen, vier Lehrlinge und 45 Bauhilfsarbeiter beschäftigt waren. Am 2. bezw. 6. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kosten des Streiks beliefen sich auf 928,45 M. Die Zahlstelle Brühl besteht jetzt ein Jahr, und während dieser kurzen Frist eroberten sich die Kollegen den Tarif. Im Anschluß daran wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden wieder die Kollegen Peter Weber als erster, Kaspar Thiebes als zweiter Vorsitzender; Steiner als erster und Sürcht als zweiter Schriftführer; Ged, Wendel als Kassierer und Straßfeld als Revisor. Kollege Weber schloß die Generalversammlung mit einem kräftigen Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband.

**Contwig.** Am Sonntag, den 28. Januar, hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassensbericht vom Jahre 1911, 2. Vorstandswahl. Der Kassensbericht ergab folgendes Bild: Gesamteinnahme vom Jahre 1911 1168,55 M.; davon sind Einnahme der Zentralkasse 918,81 M. und Ausgabe 93,90 M., somit verbleiben der Zentralkasse 824,91 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 298,86 M., die Ausgabe 215,60 M.; bleiben Bestand 83,26 M. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Josef Müller als erster Vorsitzender, Jakob Hüther als zweiter; Peter Lang als erster Kassierer, Philipp Hüther als zweiter; Johann Vogel und Christoph Blinger als Schriftführer; Christian Semar, Adam Schlachter und Andreas Schieler als Revisoren. Zum Schluß ergriff der erste Vorsitzende das Wort und forderte alle Kollegen auf, in die Agitation einzutreten, um die Indifferenzen, die wir noch haben, für uns zu gewinnen.

**Dortmund,** 1. Februar. (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) In unserer Verwaltungsstelle herrschte im verfloffenen Jahre reges Leben. Die Bautätigkeit war fast in allen Orten eine gute. Demgemäß auch die Mitgliederbewegung. Trotzdem im Jahre 1910 der große Kampf in unserem Berufe getobt hatte, brachte uns dieses Jahr noch einige Kämpfe. So zum Beispiel Lüdinghausen und Seppenrade. Diese Orte waren bei den allgemeinen Vertragsabschlüssen ausgeschlossen worden, weil sowohl der Arbeitgeberbund wie auch die Arbeiterorganisationen dort keine Mitglieder zählten. Diesen Zustand hatten die Unternehmer sich zunutzen gemacht und zahlten in der Kreisstadt Lüdinghausen 10 Pfennig pro Stunde weniger, als in den Nachbarorten (Selm, Nordkirchen, Dfen), welche rein ländliche Orte sind und tarifliche Arbeitsverhältnisse haben. Zu Anfang des Jahres gelang es uns, dort eine Zahlstelle mit 40 Mitgliedern zu gründen. Am 14. April wurde der Innung eine Forderung unterbreitet, die dahin lautete, für Lüdinghausen und Seppenrade die allgemeinen Bestimmungen des im Jahre 1910 abgeschlossene Vertrags fürs Baugewerbe anzuerkennen und den Lohn wie im Wohngebiet Lünen festsetzen zu wollen. Die Innung lehnte aber jede Verhandlung mit den Vertretern unserer Organisation ab. Darauf reichten sämtliche Maurer und Arbeiter ihre Kündigung ein und traten nach Ablauf der 14-tägigen Kündigung am 28. Mai in den Streik, der bis zum 24. Juli offiziell dauerte. Leider hat uns der Kampf nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Es liefen sich viele dadurch verleiteten, daß die Unternehmer ihnen 6 Pf. pro Stunde zulegten und so auf keine weiteren Abmachungen eingingen. Das eine muß gesagt werden, die junge Zahlstelle hat ihre Feuerprobe bestanden und wird es beim nächsten Angriff gelingen, endlich einen Tarif zu bekommen.

In der Stadt Dortmund mußte ebenfalls ein harter Kampf geführt werden, und zwar um den Arbeitsnachweis. Der Arbeitgeberbund hatte seinen Mitarbeitern zur Pflicht gemacht, nur Arbeiter von dem einseitigen Arbeitgebernachweis einzustellen. Es wurde deshalb am 8. Mai von den Organisationen über den Unternehmer nachweis die Sperre verhängt.

An den Herrn Oberbürgermeister und Stadtverordneten-Vorsteher wurde nebst Begleitschreiben folgende Resolution geschickt.

#### Resolution.

Die christlich organisierte Arbeiterschaft des Baugewerbes von Dortmund und Umgegend erblickt in dem von den Unternehmern des Baugewerbes in Dortmund, Moritzgasse 1, errichteten Arbeitsnachweis eine Maßnahme gegen die Organisation der Arbeiter, die geeignet ist, dauernd Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu stiften.

Daher richten genannte Arbeiter das Ersuchen an die Stadtverwaltung von Dortmund, einen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten.

Die christlich organisierte Arbeiterschaft erklärt sich bereit, an dem Ausbau eines solchen Arbeitsnachweises mitzuwirken.

Zur Auftrage der christlich-nationalen Arbeiterschaft zeichnet ergebenst Heinrich Petri. Nachdem die Sperre vom 8. Mai bis 2. August erfolglos durchgeführt wurde, fand am 2. August unter Vorsitz des Herrn Stadtrat Dr. Sempel die erste Verhandlung wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises statt. Nach mehreren Verhandlungen wurde festgelegt, daß am 1. April 1912 der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberbundes geschlossen wird und an dessen Stelle vom städtischen Arbeitsnachweis die Vermittlung über-



Tarifs bestreunden, speziell solche Herren, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören. Erfreulichweise stellen sich aber die Leitung des Arbeitgeberbundes, sowie das Schlichtsgericht auf den Standpunkt, daß das durch den Tarif geschaffene Arbeiterverhältnis auch für die Betriebe der nicht organisierten Arbeitgeber maßgebend ist. Im übrigen wurde von Seiten der Leitung des Arbeitgeberbundes ziemlich Gewicht auf die Einhaltung des Tarifvertrages gelegt. Die Folge war, daß nur wenige Vertragsumgehungen vorliefen. Was nun die sozialdemokratischen Gewerkschaften bezüglich ihrer führenden „Geister“ anbelangt, so haben diese auch im Berichtsjahre nie eine Gelegenheit versäumt, unserem Verband eine Schlappe beizubringen, selbst dann, wenn es gegen die eigenen sozialdemokratischen „Grundsätze“ ging.

Die Führer haben es nie verschmäht, auch das widersinnigste Zeug gegen die christlichen Gewerkschaften, besonders aber gegen unseren Verband auszusprechen, und wenn es selbst bei den Haaren herbeigezerrt werden mußte. Natürlich gingen unsere Rülhhauser radikalen Marxisten dabei so tölpelhaft vor, daß aller Welt zum Bewußtsein gebracht wurde, was die Herren damit bezweckten. Glücklicherweise sind unsere Mitglieder genügend aufgeklärt, sie kennen die Melodie dieser „Sedlen“ zu gut, als daß sie den Boden den ins Garn lausen. Durch unseren energischen Protest hier, haben in den letzten Monaten die Terrorismussälle merklich abgenommen, hoffen wollen wir, daß diese Leute zur Erkenntnis kommen, daß man geistige Ideen durch Gewalt nicht zu befechtigen vermag. In bezug auf den Bauarbeiter-schub wäre sehr viel Ungünstiges zu sagen, allein es würde an dieser Stelle zu weit führen. Trotz Ueberwachungsbemühungen kommunal- und berufsgenossenschaftlicher Instanzen häufen sich die Bauunfälle immer mehr. (Hierüber in einem anderen Artikel mehr.) Alles in allem befriedigt das Berichtsjahr 1911 die vorgehabten Wünsche nicht ganz. Immerhin berechtigt das Resultat unter Berücksichtigung der hier gelagerten Verhältnisse in jeder Richtung zu sagen: Es ist vorwärts gegangen, es wird weiter vorwärts gehen, wenn unsere Kollegen noch mehr als bisher sich ihrer Pflicht als christliche Gewerkschaftler bewußt werden. Ein großer Teil unserer Mitglieder hat immer die Sache richtig beurteilt und dementsprechend bezeitigen Maßnahmen getrossen, um die Verwaltungsstelle zu festigen. Möge auch in Zukunft nie der nötige Weitblick fehlen, mögen vor allem bei dem weiteren Wachstum der Verwaltungsstelle immer mehr Mitarbeiter sich in den Dienst unserer guten Sache stellen.

Kollegen des Elsaß! Im kommenden Frühjahr ist es eure Pflicht, mit neuer Begeisterung und ungeschwächter Kraft euch noch mehr als bisher in den Dienst unserer idealen Sache zu stellen. Mit Mannesmut und Gottvertrauen in den Kampf, denn er wird wieder heiß werden. Dem Mutigen gehört die Welt!

**Vom Hundrüd.** Für die der Verwaltungsstelle Saarbrücken angehörenden Jahrsstellen, fand am Sonntag, den 14. Januar, eine Konferenz statt. Diefelbe tagte in Rhauhen. Sämtliche Jahrsstellen waren vertreten, insgesamt waren 16 Delegierte erschienen. Es galt, mit den Kollegen aus den einzelnen Orten zu beraten darüber: „Wie bringen wir unsern Verband in der nächsten Zeit vorwärts?“ Demgemäß war auch die Tagesordnung: 1. Wie gestaltet sich unsere Generalversammlung nach den Beschlüssen der Münchner Generalversammlung? 2. Unsere nächsten Aufgaben. 3. Bericht der Delegierten und Diskussion. Zu Punkt 1 referierte Koll. Schlier. Er gab eine Uebersicht über die wichtigsten Änderungen im Statut, dieselben unter Berücksichtigung der eigentümlichen Verhältnisse in unserem Gebiet klar erläutern. Unbedingt nötig sei es, daß sich jeder Kollege ein Protokoll über die wichtigen Verhandlungen unseres Verbandstages beschaffe. Koll. Vestum behandelte in einem ausgezeichneten Vortrage die Frage: „Was ist Agitation und wie muß sie betrieben werden um Erfolg zu haben?“ Die nachfolgende Diskussion bewies, daß Koll. Vestum eine ganze Menge wertvoller Winke und neue Anregungen gegeben hatte. Alle Kollegen waren der Ansicht, daß es bisher nicht noch besser vorwärts gegangen wäre. Auch war man sich einig, daß wieder mal etwas Durchgreifendes geschehen müsse, um die Agitation wirksam zu gestalten. Man beschloß deshalb auch, anfangs Februar eine Hausagitation vorzunehmen. Dann soll eine große Volksversammlung abgehalten werden, zu der ganz besonders die Frauen eingeladen sind. Denn hier hat's sich, wie auch in anderen Gebieten, herausgestellt, daß viele Frauen die eigentlichen Gegner der Organisation sind. Zu dem Zweck, hierin einmal Aufklärung zu schaffen, soll die Versammlung dienen. Sicher werden unsere Hochwälder Frauen, deren Namen sonst einen so guten Klang hat, auch eifrige Förderinnen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung werden, wenn sie nur mit deren Zweck und Ziel vertraut werden. Und nun, Kollegen vom Hochwald, an die Arbeit! Es geht vorwärts, wenn ihr nur selbst wollt! Das Feld, das noch unbesäet liegt, ist ein weites. Es zu einem fruchtbaren Boden für unsere christliche Gewerkschaftsidee zu machen — das, Kollegen, liegt an Euch!

## Aus ausländischen Gewerkschaften.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Belgien wird im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 2, 1912) mitgeteilt, daß dort dieselben Leute (aus katholischen Kreisen) gegen die Bewegung ankämpfen, die auch in Deutschland auf diese Art und Weise die Geschäfte der Gegner besorgen. Im Mittelpunkt der Angriffe, so wird berichtet, stand der selbstlose, ideal gesinnte Vorsitzende des Zentral-Generalsekre-

tariats, P. Rutten. Wir greifen, um in der Sache möglichste Objektivität zu wahren, auf eine Rede zurück, die der als Autorität anerkannte bekannte Moralthologe P. Vermeersch Mitte November hielt, als er P. Rutten in der Präsidenschaft für soziale Dekonomie folgte. Bei einem Rückblick auf P. Rutten's Verdienste auf sozialem Gebiete sagte der Redner (nach dem Bericht der „Revue sociale catholique“ vom Dezember 1911) u. a., er freute sich um so mehr P. Rutten seinen Tribut der Dankbarkeit zollen zu können, als er sich dem allgemeinen Protest gegen die Anschwärzung der christlichen Gewerkschaften anzuschließen wünschte. Eine Wahlchronik, von Belgien aus an die „Correspondance de Rome“ gesandt, werfe den christlichen Gewerkschaften vor, daß sie einer moralischen Umbildung unterlägen und sich in ihren Tendenzen und Sympathien den sozialistischen Gewerkschaften näherten. „Dieser Bericht“, so sagt P. Vermeersch u. a., „enthält einen sozialen Irrtum von traurig ansteckender Wirkung, als ob es ohne eine hinreichende Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen, ohne ernste und tätige christliche Gewerkschaften möglich wäre, zu hoffen, daß die Religion selbst gerettet werde. Möge dieses Vorkommnis uns lehren, nur mit äußerster Umsicht die oft tendenziösen Bemerkungen von Menschen und Dingen aufzunehmen, die selbst in katholischen Zeitungen des Auslandes erscheinen.“

**Bewegung der französischen Bergarbeiter.** In St. Etienne und Lille fanden große Bergarbeiterversammlungen statt, die an die Regierung die Forderung richteten auf Achtstundentag, Minimallohn und Ruhegehalt von zwei Franken täglich. Im Ablehnungsfalle soll am 1. März der Gesamtstreik eintreten.

**Generalstreik in Portugal — Verhängung des Belagerungszustandes über Lissabon.** Der Streik hat sich fast über ganz Portugal ausgebreitet. Die Gründe dafür sind in der Hauptsache Protest gegen die Vorgänge in Evora. Die Regierung läßt strengste Zensur, und kommen die widersprechendsten Nachrichten heraus. So viel steht fest, daß der Zustand einen starken revolutionären Anstrich hat. Ueber Lissabon wurde der Belagerungszustand verhängt und die konstitutionellen Garantien aufgehoben. Gegen die Truppen und gegen die Straßenbahn wurden Bomben geschleudert. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und Schießwaffen beschlagnahmt. Das Versammlungsgesetz der Syndikalistik wurde belagert und an diese die Aufforderung gerichtet, sich in einer Viertelstunde zu ergeben, andernfalls Waffengewalt angewendet würde. Ueber sechshundert Personen und die Führer wurden gefangen genommen und auf ein Kriegsschiff übergeführt. Ein Provinzgouverneur wurde ermordet. Seine Zeitung erscheint. Dabei steht das Land vor dem finanziellen Bankrott. Allem Anscheine nach werden die alten Revolutionäre, die den König entthronten, von einer neuen Revolution hinweggefegt. Das war bisher noch immer so.

**Der Streik in Differdingen (Luxemburg)** wurde beendet. Die Arbeiter erhalten zum Teil eine tägliche Lohnerhöhung von 25 Pfennig, teilweise eine monatliche Prämie von 9 M.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Deutsche Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer.** Es sollte immer mehr in den weitesten Kreisen bekannt werden, daß in Berlin eine Auskunftsstelle für Auswanderer oder auswanderungslustige Personen besteht, die aus Reichsmitteln unterstützt wird und unter der Aufsicht des Reichskanzlers steht. Diese Auskunftsstelle erteilt auf Anfrage kostenlos Rat in allen Fällen der Auswanderung nach den deutschen Kolonien oder nach fremden Staaten. Wie der Bericht über das vierte Vierteljahr 1911 besagt, wurde in 5195 Fällen Auskunft an Auswanderungslustige erteilt, und zwar in 4377 Fällen schriftlich und in 818 Fällen mündliche. Beantwortet wurden 6464 Anfragen über die verschiedenen Auswanderungsgebiete. Davon bezogen sich 2592 auf die deutschen Kolonien, und zwar auf Deutsch-Südwestafrika 900, Deutsch-Ostafrika 495, Kamerun 99, Togo 25, Samoa 68, Kiautschou 24, Deutsch-Kamerun 60, die Karolinen, Palau und Marianen 6, auf die afrikanischen Kolonien im allgemeinen 185 usw. Unter den fremden Auswanderungsgebieten steht Argentinien mit 1419 Anfragen an der Spitze; dann folgen Kanada mit 330, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 313, Südbrasilien mit 259, Chile mit 228, Mittelbrasilien mit 71, Brasilien im allgemeinen mit 57 usw. Es gibt kaum ein Gebiet auf der Erde, über das nicht Anfragen eingelaufen und beantwortet wären. Von den 2567 Anfragen, die ihr Alter angaben, waren 321 weniger als 20 Jahre, 1644 zwischen 20 und 30, 451 zwischen 30 und 40, 132 zwischen 40 und 50, und 19 über 50 Jahre alt, und von den 3330 Fragestellern, die Angaben über ihren Personenstand machten, waren 2559 ledig, 755 verheiratet und 16 verwitwet. Nach dem Berufe waren unter den Anfragenden am stärksten die Kaufleute, Handwerker und Landwirte vertreten. Von den Anfragenden bezeichneten sich 251 als mittellos, während über 1100 zum Teil recht erhebliche Summen verfügten; z. B. 51 über 10 000 M., 18 über 15 000 M., 48 über 20 000 M., 7 über 25 000 M., 29 über 30 000 M., 12 über 50 000 M., 6 über 80 000 M., 14 über 100 000 M. usw. bis zu 175 000 M. hinauf. Von den Anfragen kamen aus Preußen 3511, und zwar aus Brandenburg mit Berlin 1109, aus Schlesien 945, aus der Rheinprovinz 438, Westfalen 207, Sachsen 171, Hannover 147, Hessen-Rhassau 135, Schwabw.-Württemb. 126, Ostpreußen 70, Pommern 69, Polen 49 und Westpreußen 48. An der Spitze der übrigen Bundesstaaten steht das Königreich Bayern mit 323. Aus den deutschen Kolonien kamen 23 Anfragen, aus dem Auslande 213.

Die Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin B. 35 erteilt bekanntlich kostenlos schriftliche und mündliche Auskunft über alle Fragen der Auswanderung.

**Ein Gesetz zum Arbeitszwang.** Einen Entwurf über die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitscheuen und säumigen Nährpflichtigen ist dem preussischen Herrenhaufe zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß jeder hilfsbedürftigen Person von dem zu seiner Unterstützung verpflichteten Armenverbande Obdach und unentgeltlicher Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle seines Ablebens ein angemessenes Begräbnis zu gewähren ist. Die Unterstützung kann geeignetenfalls, solange sie in Anspruch genommen wird, mittelst Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhaus gewährt werden. Wer selbst oder in der Person seiner Ehefrau oder seiner noch nicht 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln nicht nur vorübergehend unterstützt wird, kann auch gegen seinen Willen auf Antrag des Unterstützungs-Armen-Verbandes durch Beschluß des Stadt- oder Kreisausschusses für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit in einer öffentlichen Anstalt untergebracht werden. Der Untergebrachte ist verpflichtet für Rechnung des Armenverbandes die ihm von diesem angewiesene Arbeit nach dem Maße seiner Kräfte zu verrichten. Die Armenverbände sind berechtigt, die einer Arbeitsanstalt überwiesenen Personen in Anstalten außerhalb ihres Bezirks unterzubringen oder ihnen Arbeiten auch ohne Aufnahme in eine geschlossene Arbeitsanstalt anzuweisen. Die Entlassung aus der Arbeitsanstalt ist von dem Armenverband zu verfügen, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen der Unterbringung weggefallen sind. Der Armenverband kann den Untergebrachten auf dessen Antrag für eine angemessene Zeit beurlauben. Wird während der Beurlaubung eine Wiedereinführung nicht verfügt, so gilt der Beurlaubte als endgültig entlassen. Aus dem Arbeitsverdienst des Untergebrachten sind zunächst die Kosten der Unterbringung zu decken. Aus dem Ueberschuß ist die Unterstützung zu bestreiten, die den Angehörigen des Untergebrachten für die Zeit der Unterbringung gewährt wird. Der dann noch verbleibende Rest ist diesem bei der Entlassung auszuhändigen. Die Polizeiverwaltungen sind verpflichtet, die zur Durchführung der Vollstreckung etwa erforderliche Hilfe zu gewähren. Auf Antrag des Armenverbandes, der einen Hilfsbedürftigen unterstützen muß, können durch einen mit Gründen versehenen Beschluß der Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Beteiligten die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches Unterhaltungspflichtigen angehalten werden, dem Hilfsbedürftigen nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Verpflichtung die erforderliche laufende Unterstützung zu gewähren. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1912 in Kraft treten.

**Rückgang der Geburtenzahl in Deutschland.** Bis her war nur ein relativer Geburtenrückgang in Deutschland zu verzeichnen, in 1910 dagegen auch ein absoluter. Seit 13 Jahren wurden die 2 Millionen Geburten zum ersten Male nicht mehr erreicht. Die Entwicklung der Geburtenziffer seit 1876 zeigt uns folgendes Bild, auf 1000 Einwohner gerechnet:

1876	1881	1891	1901	1907	1908	1909	1910
42,6	38,5	38,3	36,9	33,7	33,0	31,9	30,7

Das zeigt eine sehr klare, aber auch bedenkliche Entwicklungstendenz. Die Geburtenziffer ist ein Gradmesser der moralischen Verfassung eines Volkes. Wir gehen stark französischen Verhältnissen entgegen und die Beweggründe dazu sind hier wie dort die gleichen: Vermeidung von Unannehmlichkeiten und Sorgen, Wohlleben und Genusssucht. Die jährliche Bevölkerungszunahme von 800—900 000 in Deutschland wird vorerst ja noch beibehalten werden, da der Geburtenrückgang durch die verminderte Sterblichkeit aufgewogen wird. Diese ist nämlich erfreulicherweise stark zurückgegangen und betrug auf 1000 Einwohner:

1876	1881	1891	1901	1907	1908	1909	1910
29,3	26,9	27,4	21,8	19,0	19,0	18,1	17,1

Darin spiegeln sich unsere verbesserten hygienischen Verhältnisse wider. Geht aber der Rückgang der Geburten in gleicher Weise so weiter, ist er nicht mehr durch die verminderte Sterblichkeit aufzuwiegen, da hier natürliche Schranken gesetzt sind.

## Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Bauunfalluntergeschäfte, technische Ratungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell als möglich einzulegen.)

**Altenessen.** (Unglücksfall.) Am 29. Januar, vor mittags 10 Uhr, verunglückte unser Kollege Johann van de Fliet (Holländer) beim Rangieren eines der an der Baustelle (Konsum Wohlfahrt) stehenden Waggons. Der Kollege war mit dem rechten Oberarm und Schulter zwischen die beiden Waggons geraten. Mittels Krankenwagens mußte er zum Marienhospital Altenessen gebracht werden.

**Bohum.** Der Maurer Heinrich Kolke erlitt am Mittwoch, den 24. Januar, auf der Baustelle Seche „Prinzregent“ durch Quetschung zwischen Eisenbahnwagen schwere Verletzungen am Unterleib, an deren Folgen Kolke drei Tage später starb. Kolke hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern.

**Bork.** Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am 27. Januar am Neubau des hiesigen Amtsgebäudes. Mehrere Spezialarbeiter waren mit der Herstellung des Stützstrichs beschäftigt, als plötzlich eine Gewölbekappe durchbrach und die drei Arbeiter mit in die Tiefe stürzten. Einer der Verletzten mußte per Wagen zum Krankenhaus in Lünen gebracht werden. Die beiden anderen kamen mit Hautabschürfungen davon. Wahrscheinlich muß die betreffende Gewölbekappe schlecht hergestellt worden sein.

**Crefeld.** Ueber die Bautätigkeit in der Stadt Crefeld schreibt die „Niederrheinische Volkszeitung“: Die Ausschichten für die Beschäftigung im hiesigen Baugewerbe im

